



↑ Verhaftung eines Antifaschisten am Soldatenfriedhof im Wald bei Essel, 17. November 1985.

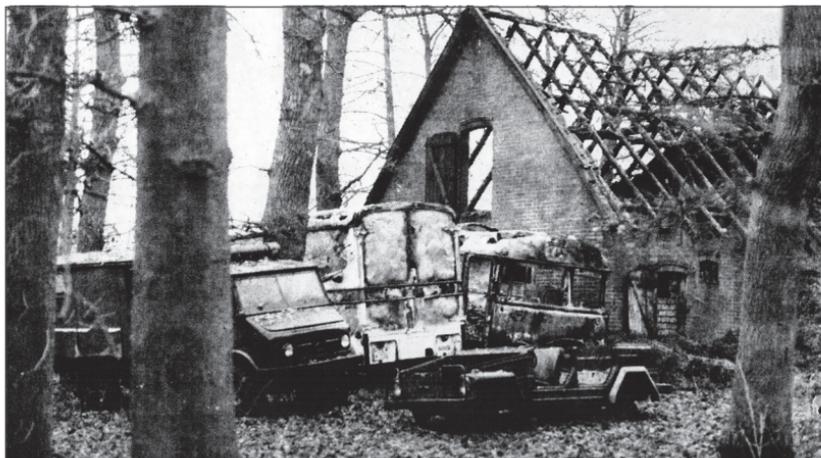
Als ein weiteres Beispiel für die Praxis des Norddeutschen seien hier noch die Aktionen gegen das jährliche NS-Gedenkritual am Volkstrauertag am Soldatenfriedhof in Essel, genannt. Essel liegt in der Nähe von Hannover. Hier hatte sich ein letztes Aufgebot bestehend aus Kriegsmarine, Reichsarbeitsdienst und Waffen-SS am 11. und 12. April 1945 den vorrückenden Briten an der Aller entgegengestellt. In einem sinnlosen Gemetzel waren 114 deutsche Soldaten gefallen. Der Soldatenfriedhof, vom Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge angelegt, entwickelte sich zur Pilgerstätte für HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS) und ähnlichen Verbänden alter Wehrmachtssoldaten. Hinzu kamen rechtsradikale Organisationen, die selbst aus dem europäischen Ausland anreisten, um ihre Kränze niederzulegen. Seit 1983 gab es Aktionen gegen das Ritual in Essel, 1984 und 1985 auch größere Demonstrationen, in die sich das Norddeutsche einklinkte. Ohne große Öffentlichkeit marschierte man in den Wald und

positionierte sich rund um den Friedhof. Die Polizei schützte das Gelände und versuchte alte und junge Kameraden zu den Gräbern zu lotsen. Es kam zu stundenlangen Scharmützeln mit der Polizei und Rechtsradikalen.

Doch die Koordinationen traten den Neonazis nicht nur auf der Straße entgegen. Sie führten auch zu einer militanten, klandestinen Organisation, die zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes Rechtsradikale aller Schattierungen und den damit verflochtenen Staatsapparat systematisch angriff.

Dazu gehörten Angriffe wie jener in der Nacht zum 11. Dezember 1984, als der gesamte Fahrzeugpark der Wehrsportgruppe Jürgens brannte. 19 Fahrzeuge samt dem großen Wirtschaftsgebäude, in dem sie auf dem Hof Hasselmann in Meißendorf/Kreis Celle untergestellt waren, wurden ein Raub der Flammen.

Außer Brandanschlägen kamen auch neue Techniken zum Einsatz. In der Nacht zum 14. Juni 1985 wurden in einer koordinierten Aktion im Großraum Hannover an fünf Stellen Wurfanker über Hochleitungen der Bahn geworfen. Diese Methode wurde später auch gegen Castor-Transporte eingesetzt. 1985 sollten damit die



↑ Total abgebrannter Fahrzeugpark nebst Wirtschaftsgebäude der *Wehrsportgruppe Jürgens*, Dezember 1984.

Züge gestoppt werden, die Teilnehmer zum großen Schlesier-Treffen in die niedersächsische Hauptstadt transportierten. Nachhaltig und öffentlichkeitswirksam erwiesen sich auch Anschläge wie die des *Kommando Hut ab – Kopf ab – haut ab*, das am 3. August 1988 im Göttinger Rosengarten einen meterhohen Granitsoldaten vom Sockel riss und den Kopf verschwinden ließ. Zentral blieb es aber, gegen Faschisten direkt vorzugehen, wie in der Nacht des 21. Mai 1989. Als Polizeieinheit verkleidet, überfiel ein *Mobiles Antifa Kommando* (MAK) die Wohnung des Neonazis Christian Worch²¹⁸ in Hamburg. Worch und seine Frau glaubten tatsächlich an einen Polizeieinsatz gegen sich und ließen sich widerstandslos fesseln, das aus 50 Aktenordnern bestehende Archiv wurde mitgenommen. Eine Auswertung von Verfassungsschutzberichten ergibt im Zeitraum von 1983 bis Sommer 1989 über 50 Anschläge von ›Antifa-Kommandos‹. Hinzu kam eine wesentlich höhere Zahl von Sachbeschädigungen und militante Aktionen.



↑ Hier sind die Grenzen gezeigt, in denen sich die Bundesrepublik Deutschland bis zur Unterzeichnung des Einigungsvertrags, im September 1990, verstand. Plakat des *Bund der Vertriebenen* (BdV).

Per se faschistisch

Gemäß ihrer avantgardistische Linie vertraten die Autonomen Antifaschisten einen eigenen Ideologieansatz, indem sie die Faschismus-Interpretation der Komintern (Dimitroff-These) genauso kritisierten wie die der ›Faschisierung‹ des KB. Die Autonomen Antifaschisten

218 Christian Worch, Jahrgang 1956, seit 1977 als Neonazi aktiv, früher Weggefährte von Michael Kühnen. Multifunktionär in der rechtsradikalen Szene, einer der führenden Köpfe des Neofaschismus in Deutschland.

setzten quasi noch einen drauf, indem sie propagierten, dass das Wesen des Imperialismus per se faschistisch sei. Als Beleg galt beispielsweise, dass das gleiche System, welches in den westeuropäischen Staaten demokratische Herrschaftsformen mit persönlichen Freiheiten einräumte, in anderen Gegenden der Welt Folterregime installierte. Die Nazis wurden nur als extremste Ausprägung des herrschenden Systems bekämpft. Eigentlich galt der Kampf dem ›faschistischen Imperialismus‹. Daraus leitete sich die Parole: »Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System!« ab.

Autonome Antifaschisten verstanden sich als Antiimperialisten, jedoch waren sie keine ›Anti-Imps‹ in dem Sinne. Diesen Begriff verwendeten die Anhänger_innen der RAF für sich, die der ›Strategie des bewaffneten Kampfes‹ nahe standen.

Deshalb grenzten sich Autonome allgemein vom Begriff Antiimperialismus ab, vertraten keine politischen Konzepte und lehnten Organisationen als hierarchisch Strukturen ab. Autonome lebten und agierten im Hier und Jetzt.

Allein daraus ergab sich die besondere Stellung der Autonomen Antifaschisten bzw. der Antifa-Koordination.

Das Ende der eigenen Kräfte

Das Konzept dieser Antifa-Organisation wies entscheidende Mängel auf. Man agierte halb im Untergrund, Broschüren und Flugblätter erschienen ohne oder mit falschen Impressen, nirgends traten das Norddeutsche, das NRW-Treffen oder das Süddeutsche als solche in Erscheinung. Demonstrationen dienten ausschließlich der Verhinderung von Nazi-Veranstaltungen, der Mobilisierung folgten in der Regel nur einige Hundert Menschen.

Gewöhnliche Organisationen oder Einzelpersonen konnten sich in diese Politik nicht einbringen, gefragt waren 150 %-Aktivist_innen. Praktisch bildete die Antifa eine Kampfgemeinschaft, die sich durch die Konfrontation legitimierte. »Im Kampf gegen Faschismus auf die eigenen Kräfte vertrauen« lautete eine Parole jener Tage.

Mit den »eigenen Kräften« war die autonome und antiimperialistische Bewegung gemeint, die auch der Hauptadressat für die Politik der Antifa-Zusammenhänge blieb. Auf dem Höhepunkt der Bewegung 1985/86, konnte man mit revolutionären Parolen und mutigen Anschlägen agieren und davon träumen, dass immer mehr Menschen ihren Konsens mit dem kapitalistischen System aufkündigen würden. Aber dieser Zustand hielt nicht lange an. Ende 1986 ebte die Welle ab, während die Antifa-Koordination unbeirrt weitermachte.

Im Herbst 1987 wollte das *Norddeutsche* mit einer Kampagne unter dem Motto »Kampf der Wiking-Jugend«²¹⁹ gegen die damals bedeutendste neonazistische Jugendorganisation ein Zeichen setzen. Mit großem Aufwand wurde mit vielen gut besuchten Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet und einer 80-seitigen Broschüre zum Thema gegen das alljährliche »Herbstlager« der Neonazis in Hetendorf bei Celle mobilisiert. Begleitend kam es zu einigen Anschlägen.

Einen Tag vor der Aktion gaben die Medien bekannt, dass die Wiking-Jugend ihre Veranstaltung abgesagt habe. Der antifaschistischen Mobilisierung war so der Schwung genommen. Am 3. Oktober 1987 fanden sich zur Demonstration zum Hauptquartier der Wiking-Jugend lediglich 400 Antifaschist_innen ein, fast ausschließlich Angehörige der autonomen Szene. Die Polizei kesselte die Demonstrant_innen über sechs Stunden lang ein, eine deprimierende Niederlage. Wenig später setzten interne Auseinandersetzungen um einen Vergewaltigungsvorwurf in NRW ein.



↑ Aufkleber gegen die WJ, 1987.

²¹⁹ Die Wiking-Jugend war eine 1952 gegründete, neonazistische Jugendorganisation in der Tradition der Hitlerjugend. Die WJ wurde 1994 verboten.

Im Norddeutschen wurde ein persönliches Zerwürfnis führender Aktivist_innen zum politischen Konflikt aufgebaut, der alles blockierte und den Zusammenhang spaltete. An der Startbahn-West in Frankfurt/Main starben im November 1987 zwei Polizisten durch Schüsse von Autonomen. Die folgende massive Repressionswelle traf auch Aktivist_innen aus Antifa-Zusammenhängen. Bereits 1988 war die Antifa-Koordination nicht mehr handlungsfähig.

In Göttingen wurden derweil neue Wege gesucht. Hier setzte man auf ein Antifaschistisches Bündnis, in dem von Autonomen bis hin zu den Gewerkschaften verschiedene Gruppen und Parteien zusammenarbeiteten. Die erste große Bündnisdemonstration fand am 7. Mai 1988 gegen ein Neonazizentrum in Mackenrode statt. Mehr als 1.500 Menschen, darunter ein schwarzer Block, der mehr als ein Drittel der Demonstration ausmachte, zogen am Haus des FAP-Funktionärs Karl Polacek²²⁰ vorbei. Mit dieser aufsehenerregenden Manifestation konnten Autonome Antifaschisten ihre Isolation überwinden und sich öffentlichkeitswirksam als politische Kraft darstellen. Doch bereits im September 1988 erklärte der DGB seinen Rückzug aus dem Bündnis, das sich wenig später auflöste. Daraufhin eskalierte der bislang nur schwelende Konflikt in der Autonomen Antifa Göttingen. In der Zusammenarbeit mit dem DGB witterten die Alt-Autonomen Verrat, die Bündnisposition wurde ausgegrenzt. Wie in der Szene üblich, wurde der Zwist sowohl in persönlichen Angriffen als auch mit bundesweit verbreiteten Texten ausgetragen.

²²⁰ Der Österreicher Polacek, Jahrgang 1934 siedelte sich Anfang der 1980er Jahre im 300-Einwohner-Dorf Mackenrode bei Göttingen an. Zunächst in der NPD aktiv, gründete er 1985 den FAP Kreisverband Göttingen, von dessen Mitgliedern bald viele Übergriffe ausgingen. Sein Haus wurde eine bundesweit bekannte Zentrale der FAP. In der Silvesternacht 1990/91 erstochen Zöglinge von Polacek den 21-jährigen Bundeswehrsoldaten Alexander Selchow in Göttingen. Es gab mehrere militante Aktionen gegen das Anwesen, so einen Brandanschlag des Antifa-Kommando Siegbert und Lotte Rotholz im Juni 1987 oder ein Angriff auf ein FAP-Treffen am 26. Oktober 1991. Die Straßenschlacht mit den Neonazis sorgte europaweit für Schlagzeilen. Siehe hierzu Bernd Langer, *Operation 1653*, Plättner Verlag Berlin, 2004, Seite 222 f. Im Januar 1992 wurde Polacek verhaftet und nach Österreich abgeschoben. 2007 trat er wieder in die NPD ein. Am 6. März 2014 verstorben.



↑ Bündnisdemo gegen das FAP-Zentrum in Mackenrode bei Göttingen, am 7. Mai 1988.
Neu war auch die rote Fahne bzw. überhaupt die erste Antifa-Fahne. Bis dato galten rote Fahnen bei den Autonomen als nicht gern gesehen.

In diesem Zusammenhang entstanden die ersten Papiere aus der Autonomen Antifa, die eine taktische politische Konzeption begründen. Sie hießen »Das Wort zum Sonntag«²²¹, und »Von Strohofer und Strohofermythos«²²². Das Norddeutsche diente inzwischen nur noch als Treffen zum Informationsaustausch.

Da kam es am 15. Juni 1989 in Hamburg zu sechs Hausdurchsuchungen gegen Antifaschist_innen. Vier von ihnen wurden beschuldigt, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben, die »im gesamten norddeutschen Raum seit 1983 Brandanschläge auf

221 bundesweit verbreiteter Text, veröffentlicht u. a. in der *radikal*, Nr. 135, Oktober 1988, oder auch in *Göttinger Anschläge*, Nr. 5, Februar 1988 – beim Datum handelt es sich um einen Satzfehler, tatsächlich Februar 1989, Seiten 12 bis 17.

222 veröffentlicht u. a. in *Göttinger Anschläge*, Nr. 6, Juli 1989, Seiten 23 bis 29.

das Eigentum ihrer politischen Gegner und solcher Personen und Vereinigungen verübt hat, die als Repräsentanten des von ihr abgelehnten Staatswesens angesehen werden«²²³

Die Ermittlungen nach § 129a liefen bereits seit Januar 1989. Das Norddeutsche, durch interne Konflikte blockiert, konnte diesem Staatsschutzangriff nicht geschlossen begegnen. Ein Riss ging mitten durch die Gruppe der von den Ermittlungen Betroffenen samt ihren Unterstützer_innen. In der Folge wurde die Soli-Arbeit parallel organisiert und versucht, die jeweils andere Fraktion politisch zu diskreditieren. Das war Außenstehenden nicht vermittelbar und wurde zum Gnadestoß für das Norddeutsche, das sich im zweiten Halbjahr 1989 endgültig auflöste.

Einige Aktivist_innen trafen sich allerdings weiterhin, um sich durch die Kampagne ›Kunst als Widerstand‹ mit den kriminalisierten und inhaftierten Antifaschist_innen solidarisch zu zeigen. Die gleichnamige Wanderausstellung zeigte – zum Teil verbotene – Plakate und propagierte die Ästhetik des Widerstandes. Von 1990 bis 1992 zog die Ausstellung durch 15 Städte, von denen die meisten zuvor an der Antifa-Organisation beteiligt gewesen waren. Manche Aktivist_innen aus den aufgelösten Strukturen brachten sich in neue Gruppen ein.

Die Verfahren gegen die Autonomen Antifaschisten mussten letztlich ergebnislos eingestellt werden, trotz aller internen Kämpfe gab es keinen Verrat.

Radikal wie die Wirklichkeit?

Den Autonomen Antifaschisten standen nur regionale Szene-Blätter zur Verbreitung ihrer Ideen und Kampagnen zur Verfügung. Das Internet hatte seinen Siegeszug noch nicht angetreten und man war auf Gedrucktes angewiesen. 1986/87 übernahm zeitweise die in Holland produzierte Zeitung *De Knispelkrant* (Die Schnipselfront) die

223 Ermittlungsakte

Funktion, zumindest Anschlags-erklärungen in der radikalen, antiimperialistische Szene zu verbreiten. Die Zeitung konnte über Deckadressen bei linken Buchläden abonniert werden. Um aber größere Wirkung zu erzielen, brauchte es eines anderen Organs.

1987 entstand in Berlin das Antifa-Infoblatt, das teilweise auf Personen zurückging, die im Norddeutschen aktiv waren. Als Sprachrohr der Autonomen Antifa schied das Blatt aber aus, denn von den ideologischen Diskussio-

nen der Autonomen hielten die Aktivist_innen in der Mauerstadt nicht viel. Sie wollten gegen Nazis kämpfen, nicht gegen das System im Allgemeinen. Deshalb verwendet die Antifa-Westberlin auch nicht des Symbol Antifaschistische Aktion, sondern das rote Dreieck der VVN. Das Antifa-Infoblatt stand daher nicht für entsprechende Diskussionspapiere zur Verfügung, an den Abdruck von Anschlags-erklärungen war überhaupt nicht zu denken. Man wollte das Projekt nicht gefährden und von vornherein mit einem seriösen Anspruch auftreten.

Es gab es aber noch die *radikal*, 1976 als sozialistische Zeitung für Westberlin entstanden, hatte sie sich quasi zum Zentralorgan der autonomen Bewegung in der Bundesrepublik entwickelt. Mehrfach kriminalisiert, erschien sie seit Herbst 1984 aus der Illegalität und war nur über eine Kontaktadresse im Ausland zu erreichen. Dies ließ dem Staatsapparat keine Ruhe, mit großem Aufwand wurde das gedruckte Wort verfolgt. 1986/87 kam es zu über 100 Durchsuchungen von Buchläden, Druckereien und Privatwohnungen. Der Vertrieb der *radikal* sollte unterbunden werden.



↑ *De Knipselkrant*, Januar 1987.